

Kreistagssitzung 16. Dezember 2009

Zum Tagesordnungspunkt 11

## "Umbau und Sanierung des Verwaltungsgebäudes 8 (ehemalige Post)"

Wir gestehen, dass wir uns als Fraktion Grüne mit dem Bauprojekt „Umbau und Sanierung des Verwaltungsgebäudes 8 in Mosbach“ schwer getan haben. Nicht, weil es uns nicht gefällt. Im Gegenteil – wir finden den Entwurf kreativ und pfiffig, sowohl die jetzt angedachte Realisierung als auch die Gedankenspiele für die Erweiterung. Aber wenn man so rechnen will, bewirkt genau dieser Umbau einen großen Teil der geplanten Netto-Neuverschuldung des Kreises. Christine Denz hat bereits ausgeführt, wie wir das sehen.

Denn der Umbau gehört sicher nicht zu den unbedingt notwendigen Aufgaben, sondern eher zu den wünschenswerten. Natürlich hat man gerne ein repräsentatives Gebäude mit allem Drum und Dran, oder, wie es so schön in der Vorlage heißt, eine „Inwertsetzung eines städtebaulichen Problemgebietes“. Und ein übersichtliches Bürgerbüro, in dem es alle wichtigen Basis-Serviceleistungen der Kreisverwaltung aus einer Hand gibt. Aber eigentlich sind die Zeiten nicht so, und alle Anstrengungen müssen auf Haushaltskonsolidierung gerichtet sein. Es war also nah dran, dass wir – nicht zuletzt wegen dieses Projekts – den Haushalt insgesamt abgelehnt hätten. Wie Sie wissen, ist es so weit nun doch nicht gekommen.

Ich will kurz sagen, was uns zur Zustimmung veranlasst hat.

Das erste ist die energetische Sanierung des Gebäudes. Sie ist unter dem Kriterium der Nachhaltigkeit nicht bloß wünschenswert, sondern notwendig. Und sie spart auch Geld ein, und zwar dauerhaft.

Wir werden die Planung kritisch begleiten. Wir legen Wert auf einen sehr guten Energiestandard. Denn im Gebäude 8 sollen künftig, neben vielem anderen, der Beratungsraum der Energieagentur als auch die WiNO untergebracht werden. Christine Denz hat ausgeführt, dass Energie-Effizienz in mehreren Hinsichten ein Wirtschaftsfaktor ist. Hier sollte das Gebäude selbst das beste Beispiel sein, Besuchern sollte der Zustand „vorher“ und der Zustand „nachher“ deutlich vor Augen geführt werden. Wir bitten auch zu prüfen, ob nicht der Wärmeschutznachweis im Rahmen der Planungen von einem örtlichen Büro erstellt werden kann.

Der zweite Grund ist die Barrierefreiheit. Für ältere und körperlich gehandicappte Menschen, Rollstuhlfahrer, Eltern mit Kinderwagen ist Barrierefreiheit kein Luxusgut, sondern ein Menschenrecht. Sie wäre sicher billiger zu haben, doch kommen hier die berühmten Synergieeffekte zum Tragen.

Wir stimmen zu, den Auftrag für die Planungsleistungen zu vergeben. Die Zustimmung zur Realisierung hängt dann von der Qualität der Planung und den dann realistisch ermittelten Kosten ab.

Quelle: [www.gruene-nok.de](http://www.gruene-nok.de)